

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 13 (1993)
Heft: 25

Artikel: Zur Geschichte der Arbeitslosigkeit in der Schweiz : eine historische Skizze
Autor: Degen, Bernhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bernard Degen

Zur Geschichte der Arbeitslosigkeit in der Schweiz

Eine historische Skizze

Bis in die Gegenwart ergeben die verschiedenen Erhebungsmethoden in der Schweiz Zahlen zur Arbeitslosigkeit, die im Vergleich teilweise mehr als doppelt bzw. halb so hoch ausfallen. Die Verständigung darüber, wer wann *arbeitslos* ist, ist also noch heute alles andere als abgeschlossen. Für die Wahrnehmung durch Öffentlichkeit, Behörden und Statistiker reichte es nie, dass eine Person keine Erwerbsarbeit fand, obwohl sie eine solche suchte. Sie musste ihren lebenssichernden Anspruch auf Einkommen zusätzlich bei irgend einer Institution anmelden, was sie in der Regel nur dann tat, wenn sie sich davon eine Verbesserung ihrer materiellen Lage versprach. Solche Hoffnungen durften jedoch nur diejenigen hegen, deren *Recht auf Arbeit* gesellschaftlich prinzipiell anerkannt wurde. Bis in jüngste Zeit blieben in der Statistik Frauen und Ausländer unterrepräsentiert, weil sie nach in weiten Bevölkerungskreisen verbreiteter Auffassung in den Haushalt bzw. in ihre Herkunftsländer zurückkehren konnten.

Bedeutung und Bezeichnung der Formen der Arbeitslosigkeit unterlagen im Laufe der Jahrzehnte dem Wandel. Die auf Verschiebungen im inneren Gefüge der Wirtschaft beruhende *strukturelle* wurde einst auch *chronische* oder *schleichende* genannt (Reichesberg 1903, 248). Die *konjunkturelle*, früher auch als *akute* bekannt, erregte mit ihrem unerwarteten Auftreten am meisten Aufmerksamkeit (Reichesberg 1903, 248). Dabei verdient aus historischer Sicht neben gesamtwirtschaftlichen Wechsellagen zusätzlich die betriebliche Entwicklung Beachtung. Nicht selten gingen einer Firma für Tage oder Wochen die Aufträge aus, und Arbeiterinnen und Arbeiter mussten diese Zeit ohne Lohn überbrücken. Zudem hingen viele Tätigkeiten bis weit ins 20. Jahrhundert stärker vom Wetter ab als heute, weshalb *saisonale* Arbeitslosigkeit lange ein ungelöstes Problem darstellte. Schliesslich war einst die *friktionelle*, die beim Stellenwechsel entstehen kann, geläufig. Wandernde Handwerker hatten zwischen zwei Anstellungen oft eine Durststrecke zu bewältigen, und in der Industrie erzeugten die beträchtlichen Fluktuationen ebenfalls häufige Unterbrüche.

Obwohl die zeitgenössische Publizistik Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit jeweils breit diskutierte, fehlen umfassende historische Darstellungen für die Schweiz weitgehend. Mit entsprechenden Themen befassten sich meist Ökonomen, die ihre Modelle über längere Zeiträume testen wollten. In der vorliegenden Skizze liegt das Schwergewicht auf dem Wandel des sozialen Umfeldes der Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit im traditionellen Umfeld

Dass Arbeitswillige nicht die für ihren Lebensunterhalt notwendigen Erwerbsmöglichkeiten finden, ist keine Besonderheit des industriellen Kapi-

talismus. Noch bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen Politik und öffentliche Meinung jedoch Arbeitslosigkeit nicht als solche, sondern als *Pauperismus* wahr. Beträchtliche Teile der Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt nur am Rande des Existenzminimums oder sogar nur dank Fürsorge bestreiten konnten, standen unter dem Verdacht des individuellen Versagens. Eine soziale Deutung, etwa im Sinne der Marxschen *Industriellen Reservearmee*, fand bis gegen die Jahrhundertwende geringe Verbreitung. Entsprechend fielen Gegenmassnahmen aus: private Wohltätigkeit und staatliche Unterdrückung wegen Bettelei oder Landstreicherei (Niess 1979, 11-12).

Bis weit ins 19. Jahrhundert war die Schweiz ein Agrarland. Noch anlässlich der Volkszählung von 1880 registrierte man 42,4 Prozent der Erwerbstätigen in der Urproduktion, 41,8 in Industrie und Gewerbe sowie 15,8 im Dienstleistungssektor. Nicht nur in der Landwirtschaft, auch in weiten Bereichen des 2. und des 3. Sektors überwogen Kleinbetriebe. Ganze 11,3 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten in Fabriken (Kneschaurek 1964, 139). Weitherum dominierte die *Familienwirtschaft*, deren zentrales Anliegen die Versorgung der Angehörigen selbst in schlechten Zeiten war. Sie konnten sich auch dann, wenn sie ihren Lebensunterhalt meist ausserhalb des Familienbetriebes verdienten, in Notzeiten auf dieses auf Erhaltung der Existenz ausgerichtete Sicherheitsnetz verlassen. Vorübergehend galt es bei Absatzstockungen, Gewichte zu verlagern – etwa von der Heimindustrie in die Subsistenz-Landwirtschaft – oder die Arbeit auf mehr Hände zu verteilen, mit der Folge geringerer Pro-Kopf-Erträge. Die Risiken des anonymen Marktes wurden durch eine an traditionellen Werten ausgerichtete Pufferzone abgedeckt, in der namentlich den Frauen eine entscheidende Rolle zufiel. Anfänglich fingen solche familienwirtschaftlichen Strukturen einen beachtlichen Teil der konjunkturellen, saisonalen und friktionellen Arbeitslosigkeit auf, indem sie sie – nach heutiger Terminologie – in *verdeckte* umwandelten. Diese Rückzugsmöglichkeit boten sie in gewissen Bereichen bis weit ins 20. Jahrhundert. Allerdings hatte die Belastbarkeit eine Grenze; namentlich wirtschaftlich schwächere Familien konnten nicht immer alle Angehörigen mittragen.

Neben konjunkturellen, saisonalen und friktionellen Problemen gefährdete auch der Strukturwandel das wirtschaftliche Überleben vieler. Die Landwirtschaft verlor zwischen 1850 und 1900 fast ein Viertel ihrer 620'000 Erwerbstätigen, die Baumwollindustrie über die Hälfte ihrer 80'000 (Kneschaurek 1964, 155). Dazu kam der technologische Wandel innerhalb der Branchen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im gleichen Zeitraum von 1,08 auf über 1,55 Mio. Der Arbeitsmarkt war jedoch keineswegs homogen. Lange nicht alle, die ihre angestammte Erwerbsarbeit verloren, fanden eine andere. Neue Tätigkeiten verlangten oft Qualifikationen, über die besser ausgebildete Zugewanderte eher verfügten.

Einen beachtlichen Teil der sozialen Folgen des Strukturwandels konnte das familienwirtschaftliche Netz so lange auffangen, bis sich den Betroffenen neue Erwerbsmöglichkeiten eröffneten. Blieb der Rückzug zur Familie

aber verschlossen, mussten andere Auswege gesucht werden. Dabei bot sich etwa die *Auswanderung* an, die in mehreren Wellen vorwiegend Beschäftigungssuchende in die USA und seltener in weitere Überseegebiete führte. Höhepunkte erreichte das sogenannte *Amerikafieber* 1851 bis 1855 und 1880 bis 1884, als jeweils rund 57'000 Personen die Schweiz verliessen (Ritzmann 1990, 240). Von 1850 bis 1888 war diese ein Auswanderungsland. Selbst als danach für ein Vierteljahrhundert die Einwanderung klar überwog, zog es immer noch jährlich rund 5'000 Personen nach Amerika. Ein ebenfalls namhafter Teil der um ihren Erwerb Gebrachten findet sich in anderen, unrühmlichen Statistiken. So ergab eine Erhebung in den Kantonen Aargau, Glarus, St. Gallen, Thurgau und Zürich für die Jahre 1875 bis 1880, dass die Polizei 61'374 "Vaganten und Bettler" arretierte, wovon sich 60 Prozent als Handwerker oder Arbeiter bezeichneten (Reichesberg 1903, 250). Von der ohnehin bescheidenen Armenpflege blieben Arbeitsfähige, die ihre Armut nach gängiger Auffassung selbst verschuldeten, meist ausgeschlossen (Dommer/Grüner 1988, 706).

Ende der 1870er Jahre begannen sich Arbeiter, die ihre Erwerbsmöglichkeit verloren hatten, zu organisieren und erreichten damit in der öffentlichen Meinung einen Umschwung. Diese deutete ihre Lage statt als individuelles Versagen vermehrt als soziale Frage: Aus *Vaganten* wurden *Arbeitslose*. Anfänglich kam es vor, dass Behörden einfach die Zahl der für die Linderung ihrer Not Demonstrierenden schätzten und registrierten (Grüner/Wiedmer 1987, 286). In grösseren Städten boten wohltätige Organisationen Hilfsprogramme an und versuchten gleichzeitig, Umfang und Ursachen der Arbeitslosigkeit zu ergründen. Sie erfassten mit ihrem unregelmässigen und unsystematischen Vorgehen im Winter jeweils einige Hundert Betroffene. Um die Jahrhundertwende hatten wohltätige Organisationen, Behörden und Gewerkschaften bereits ein ganzes Netz von Massnahmen ausgebreitet: Unterstützung mit Geld und Naturalien, Arbeitshütten und Schreibstuben, Arbeiterkolonien, Notstandsarbeiten, Naturalverpflegungsstationen für umherziehende Arbeitsuchende, Arbeitsnachweis und ausnahmsweise auch Armenpflege. Vorübergehend unterstützten Stadtverwaltungen wiederholt einige Hundert Arbeitslose oder boten in geringem Masse Notstandsarbeiten an (Dommer/Grüner 1988, 690-708, 761-767; Reichesberg 1903, S. 256-259).

Der Versicherungsgedanke fasste nur zögernd Fuss. Die erste *Arbeitslosenkasse*, die 1893 in Bern ihre Tätigkeit aufnahm, zählte auf ihrem Höhepunkt 1902/03 ganze 719 Mitglieder. Als weitere öffentliche Kasse bestand vor dem Ersten Weltkrieg bloss die 1910 in Basel eingerichtete (Dommer/Grüner 1988, 770-776). Dazu kamen die der Berufsverbände und Gewerkschaften, meist bei dem *Schweizerischen Gewerkschaftsbund* (SGB) angeschlossenen Organisationen. Gesamthaft blieb jedoch der Kreis der Versicherten mit 1913 total etwas über 52'000 Personen bei 1,3 Mio nicht landwirtschaftlich Beschäftigten bescheiden (Dommer/Grüner 1988, 755).

Die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* (SPS) bereitete ihren ersten bundespolitischen Vorstoss zur Arbeitslosigkeit schon kurz nach der 1888

erfolgten Gründung vor. Damals verfügte der Bund nur über ein äusserst beschränktes wirtschaftspolitisches Instrumentarium, und seine Sozialpolitik steckte in der schwierigen Anlaufphase. Auch der SPS und den Gewerkschaften fehlten ausgereifte und in den eigenen Reihen konsensfähige sozialpolitische Konzepte auf Bundesebene. Trotzdem beschloss ein sozialdemokratischer Parteitag 1891 auf Antrag des Präsidenten Albert Steck die Initiative *Recht auf Arbeit*. Sie verlangte "das Recht auf ausreichend lohnende Arbeit" für "jeden Schweizerbürger", womit nach gängigem Familienmodell Männer gemeint waren. Dazu sollten sechs Massnahmen beitragen: Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsnachweis, Kündigungsschutz, Arbeitslosenversicherung, Koalitionsfreiheit und Mitbestimmung. Die Initiative blieb selbst in den eigenen Reihen heftig umstritten und scheiterte 1894 in der Abstimmung klar (Sigg 1978, 94-97).

Das Ausmass der Arbeitslosigkeit lässt sich bis in die 1920er Jahre nicht genauer beziffern. Seit der Jahrhundertwende registrierten einige Arbeitsämter, wieviele Personen sich bei ihnen um Beschäftigung bemühten; die *Zentralstelle des Verbandes schweizerischer Arbeitsämter* veröffentlichte seit 1905 regelmässig Zusammenfassungen. 1910 zum Beispiel meldete sie 55'026 Männer und 17'315 Frauen. Für das gleiche Jahr wies sie aber 68'917 offene Stellen aus (Schweiz. Bankverein o.J., 22). Die Division der beiden ersten Werte durch den dritten ergibt die *Andrangsziffer*, das damals gebräuchliche Mass für die wechselnden Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Gewöhnliche Stellenwechsel und Arbeitslosigkeit wurden nicht unterschieden. Die verfügbaren Andrangsziffern zeigen folgende Entwicklung (Ackermann 1939, 74):

Stellensuchende auf 100 offene Stellen, 1907-1920

1907	99	1911	111	1915	120	1919	127
1908	118	1912	111	1916	99	1920	113
1909	112	1913	118	1917	92		
1910	105	1914	134	1918	94		

Selbst wenn dieser Statistik zu entnehmen ist, wann es leichter und wann es schwerer fiel, Beschäftigung zu finden, so sagt sie wenig aus über die soziale Lage der Arbeiterfamilien. Gerade die statistisch günstigen Jahre 1917 und 1918 gehören wegen des Mangels an erschwinglichen Lebensmitteln zu den härtesten in der Schweizergeschichte des 20. Jahrhunderts (Degen 1991, 118-121).

Arbeitslosigkeit in der Industriegesellschaft

Bereits vor 1914 zeichneten sich angesichts des mächtigen Aufschwunges der Arbeiterbewegung weitere Sozialreformen ab. Der Erste Weltkrieg bremste diese in seiner ersten Hälfte, um sie dann in der zweiten zu beschleunigen. Trotz relativ günstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt richtete der Bund 1917 einen Fonds für Arbeitslosenfürsorge ein, der bis Ende 1923

Unterstützung leistete. Es handelte sich nicht um eine Versicherung mit Prämien und Taggeldern, sondern um Zahlungen bei nachgewiesenem Bedarf (Mangold 1939). Mitglieder der – meist gewerkschaftlichen – Arbeitslosenkassen konnten auf Bundessubventionen zählen. Die ausgebaute Hilfe erforderte detailliertere Grundlagen, weshalb ab 1920 periodisch Stichtag-Zählungen der Stellensuchenden durchgeführt wurden. Sie dokumentieren für die Zwischenkriegszeit folgende Entwicklung (BIGA 1932, 140; Statistisches Jahrbuch 1946, 384):

Arbeitslose im Jahresdurchschnitt, 1920-1939

1920	6'522	1925	11'090	1930	12'881	1935	82'468
1921	58'466	1926	14'118	1931	24'208	1936	93'009
1922	66'995	1927	11'824	1932	54'366	1937	71'130
1923	32'605	1928	8'380	1933	67'867	1938	65'583
1924	14'692	1929	8'131	1934	65'440	1939	40'324

Auch diese Statistik erfasst nur Arbeitslose, die sich auf Arbeitsämtern meldeten. Krass untervertreten blieben die Frauen, nicht zuletzt, weil gerade damals der Vorwurf des sogenannten *Doppelverdienertums* breit diskutiert wurde. Gegenüber der Vorkriegszeit war aber der Anreiz zur Registrierung wegen der Fürsorge und ab 1924 wegen des raschen Ausbaus der Versicherung beträchtlich gestiegen. Im Gegensatz zu den drei Jahrzehnten nach 1942, als die Grenze von 10'000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt nie überschritten wurde, war dies in der Zwischenkriegszeit mit Ausnahme von 1920, 1928 und 1929 immer der Fall. Die Arbeitslosenquote schwankte zwischen 1920 minimal 0,3 und 1936 maximal 4,7 Prozent im Jahresdurchschnitt; in einzelnen Monaten lag sie noch bedeutend tiefer bzw. höher. Weiterhin bedeutend blieben saisonale Schwankungen, lag doch die Zahl in den Monaten Dezember, Januar und Februar durchschnittlich mehr als die Hälfte über der des ganzen Jahres. Gemildert wurde der Druck durch die zwischen 1914 und 1941 wiederum beträchtliche Abwanderung von früher zugezogenen, aber auch von einheimischen Arbeitskräften ins Ausland. Noch immer absorbierten familienwirtschaftliche Strukturen einen Teil der Arbeitslosigkeit, allerdings einen wesentlich geringeren als früher. Auf der anderen Seite fallen zwei besondere Beschäftigungskrisen auf, nämlich 1921 bis 1923 und 1931 bis 1939.

Die erste der beiden schweren Krisen setzte gegen Ende 1920 ein. Auf dem Weltmarkt zerfielen die seit 1914 gewaltig gestiegenen Preise, was zuerst die Exportindustrie zu spüren bekam. Sie erhielt zwar ihre Rohstoffe günstiger, musste aber ihre Produkte ebenfalls billiger anbieten, falls sie überhaupt Abnehmer finden wollte. Daher verlangte sie den Abbau von Löhnen und Lebensmittelpreisen. Landwirtschaft und Gewerbe, die für den Binnenmarkt produzierten, zeigten jedoch wenig Interesse an einem niedrigeren Erlös für ihre Güter. Arbeiterinnen und Arbeiter schliesslich verteidigten nach Kräften ihre Löhne, die sie ohnehin für zu niedrig hielten. Sie unterlagen in den meisten Fällen, hatten allerdings nur selten Reallohn-

bussen hinzunehmen und verfügten gesamthaft gesehen sogar über etwas mehr Kaufkraft als zuvor (Degen 1991).

Die härteste Folge der Krise, die Massenarbeitslosigkeit, erreichte ein Ausmass, das sich durchaus mit dem der Depression der 1930er Jahre vergleichen lässt. Sie traf viele sogar schwerer, weil sie sich kaum von den Entbehrungen des Ersten Weltkrieges hatten erholen können. Auf dem Höhepunkt, im Februar 1922, registrierte man in der Schweiz 99'541 Arbeitslose. Eher für den Binnenmarkt produzierende Industrien wurden in der Regel weniger betroffen, die Exportindustrien mehr. In Uhrenindustrie und Bijouterie waren vorübergehend 32 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos, in der Metall- und Maschinenindustrie 9 und in der Textilindustrie 8 Prozent. Das Baugewerbe geriet in eine durch saisonale Einflüsse zusätzlich verstärkte Krise, die auch die Holzbearbeitung in Mitleidenschaft zog, und die die Arbeitslosigkeit ebenfalls auf 22 Prozent hinaufschnellen liess (Degen 1991, 130-134). Trotz Massenarbeitslosigkeit wurden Lohnabbau und geplante Arbeitszeitverlängerung in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften weit stärker diskutiert als Arbeitsbeschaffung oder Arbeitslosenunterstützung. Dazu trug die rasche Überwindung des Konjunkturtiefes massgeblich bei; allerdings herrschte auch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre keine Vollbeschäftigung. Im Rahmen der Rationalisierungsdebatte wies Max Weber, der volkswirtschaftliche Mitarbeiter des SGB (Kleger, 1992), bereits auf Gefahren der strukturellen Arbeitslosigkeit hin (Weber 1927).

Ende 1929 zeigten sich in der schweizerischen Exportindustrie erste Symptome der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise. Ab 1930 gingen die Ausfuhren stark zurück und sollten bis nach dem Zweiten Weltkrieg nie mehr den Vorkrisenstand erreichen. Mit etwas Rückstand, bedingt durch den günstigeren Konjunkturverlauf der Binnenwirtschaft, stiegen die Arbeitslosenzahlen. Anders als ein Jahrzehnt zuvor registrierte man nicht einen steilen Anstieg mit anschliessend raschem Rückgang. Mehrmals wurde, unterbrochen von leichten Erholungsphasen, die Grenze von 100'000 Arbeitslosen überschritten, so im Januar 1933, im Januar, Februar und Dezember 1935, im Januar, Februar und Dezember 1936 sowie im Januar und Februar 1937. Der dramatische Rekord war im Januar 1936 mit 124'008 registrierten Stellensuchenden erreicht, was einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent – der bis heute höchsten – entsprach (Statistisches Jahrbuch 1946, 384).

Zwei gegensätzliche, in sich allerdings keineswegs stringente Deutungen der Krise lassen sich unterscheiden. Die Exportindustrie – theoretisch gestützt u.a. von ETH-Professor Eugen Böhler (1932; 1934) – ging davon aus, dass ihre Produkte auf dem Weltmarkt wegen zu hoher Löhne nicht mehr konkurrenzfähig seien und verlangte deshalb einen Lohnabbau. Gewerbe und Inlandindustrie mochten dieser Argumentation allerdings nie recht folgen. Auf der Linken bestand zunächst Uneinigkeit über die Analyse des wirtschaftlichen Einbruchs. Die Mehrheit der SPS-Leitung – namentlich Robert Grimm (1934) und Ernst Reinhard – deutete ihn lange als Systemkri-

se. Ökonomen wie Max Weber vom SGB oder der sozialdemokratische Berner Professor Fritz Marbach (1933) hoben dagegen konjunkturelle Ursachen hervor. Praktisch reagierten alle Organe von SPS und Gewerkschaften mit sozialpolitischen Forderungen wie bessere Arbeitslosenunterstützung oder Notstandsarbeiten. Allmählich setzte sich aber Webers konjunkturelles Konzept durch. Es stützte sich auf die *Kaufkrafttheorie*, wonach hohe Löhne im gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Unternehmern liegen, weil sie die Nachfrage auf dem Binnenmarkt steigern. Die praktischen Konsequenzen dieser Argumentation liessen sich auch im Rahmen einer Interpretation der Depression als Systemkrise vertreten (Scheiben 1987, 109-115).

Mitte der 1930er Jahre zeichneten sich in der schweizerischen Arbeiterbewegung zwei Projekte zur Überwindung der Krise ab: der auf eine linke Mehrheit zugeschnittene *Plan der Arbeit* und die auf eine Erholung unter den gegebenen Bedingungen ausgerichtete *Kriseninitiative*. Diese sah die Erhaltung der Kaufkraft, Arbeitsbeschaffung, Entschuldung in Gewerbe und Landwirtschaft, Arbeitslosenversicherung, Exportförderung, Kontrolle des Kapitalexportes und wettbewerbsfördernde Massnahmen vor. Die Abstimmungskampagne brachte eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen deflationären und interventionistischen Konzepten zur Krisenbewältigung. In der Abstimmung vom 2. Juni 1935 erzielte die Initiative mit fast 43 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg. Weil die Depression sich in die Länge zog und weder das linke noch das bürgerliche Lager ihre ursprünglichen Positionen durchsetzen konnten, drängte sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre eine Verständigung auf. Der Franken wurde abgewertet und der Bund verschob das Schwergewicht von der Arbeitslosenunterstützung zur Beschäftigungspolitik, wobei er diese allerdings mit militärischer Aufrüstung koppelte. Die Arbeitslosigkeit blieb zunächst dennoch auf hohem Niveau.

Weil meist ein beträchtlicher Teil der Männer Militärdienst leistete, war das Beschäftigungsproblem im Zweiten Weltkrieg bald gelöst. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten überschritt die Zahl der Arbeitslosen seit 1941 im Jahresdurchschnitt nie mehr die Grenze von 10'675, lag also im Bereich der günstigsten Jahre der Zwischenkriegszeit. Weite Teile der Bevölkerung befürchteten jedoch ähnliche Schwierigkeiten wie nach dem Ersten Weltkrieg. "Das wichtigste wirtschaftspolitische Problem der Nachkriegszeit ist das der Beschäftigung", schrieb Max Weber 1944 (Weber 1944, 4, s. auch Marbach 1943). Planung und Staatsintervention sollten nach Ansicht der Linken dazu beitragen, wirtschaftliche Wechsellagen auszugleichen. Auch im bürgerlichen Lager war man noch lange bereit, weniger dringliche öffentliche Projekte für schlechtere Zeiten aufzuschieben, und mit staatlicher Unterstützung legten Unternehmen in den 1950er Jahren *Arbeitsbeschaffungsreserven* an.

Die Arbeitslosenversicherung erlebte bis Mitte der 1950er Jahre einen beachtlichen Aufschwung. Von den 1954 beinahe 625'000 Mitgliedern gehörten 44 Prozent einer gewerkschaftlichen, 34 einer öffentlichen und 21

einer paritätischen Kasse an. Fast alle Vorsichtsmassnahmen erwiesen sich als übertrieben, wie folgende Zusammenstellung zeigt (Statistisches Jahrbuch 1955, 395; 1964, 368; 1974, 371; 1977, 352):

Arbeitslosigkeit im Fünfjahresdurchschnitt, 1941-1974

1941-1945	7'400	1961-1965	531
1946-1950	5'672	1966-1970	226
1951-1955	4'230	1971-1974	101
1956-1960	2'422		

Entgegen den Befürchtungen sank die Arbeitslosigkeit bis 1974 fast ständig, und die seltenen Konjunkturabschwächungen verschlechterten die Lage kaum spürbar. Die höchste Arbeitslosenquote registrierte man 1950 mit 0,6 Prozent; 1961 und 1962 sowie 1964 bis 1974 dagegen betrug sie 0,0 Prozent. Der schweizerischen Wirtschaft fehlten Arbeitskräfte, weshalb Hunderttausende aus dem Ausland hereingeholt wurden. Sie wurden über das ganze politische Spektrum als *Konjunkturpuffer* angesehen, d.h. mit ihrer Rekrutierung oder Abschiebung sollte ganz im Sinne angebotsorientierter Wirtschaftspolitik der Arbeitsmarkt reguliert werden (Schmidt 1985, 52-78). Dieses Beschäftigungskonzept geriet aufgrund des anhaltenden Booms und fremdenfeindlicher Strömungen in den 1960er Jahren zeitweise massiv unter Druck, namentlich im Umfeld der *Schwarzenbach-Initiative* 1970. Auch der aufgeschobene Ausbau der Infrastruktur musste prozyklisch nachgeholt werden. Schliesslich verloren Arbeitslosenversicherungen ihre Mitglieder und fielen bis 1972 auf den Stand der frühen 1930er Jahre zurück.

Arbeitslosigkeit in der Dienstleistungsgesellschaft

Kaum hatte die Arbeitslosigkeit ihren Tiefpunkt erreicht, erlitt die schweizerische Wirtschaft 1975 ihren schwersten Rückschlag seit Ende des Zweiten Weltkrieges. In einem einzigen Jahr sank das Bruttoinlandsprodukt um 7,4 Prozent. Ein solcher Einbruch wurde selbst in der Krise der 1930er Jahre nie innert derart kurzer Frist verzeichnet. Zwischen den Sommern 1973 und 1976 gingen insgesamt 340'000 Arbeitsplätze, fast 11 Prozent, verloren. Die Schweiz verzeichnete die mit Abstand schwerste Beschäftigungskrise im gesamten OECD-Bereich (Volkswirtschaft 1977, 170; Schmidt 1985, 28-31). In der Arbeitslosen-Statistik schlug sich dieser Abbau aber kaum nieder (Statistisches Jahrbuch 1977, 352; 1983, 378; 1992, 117):

Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1975-1990

1975	10'170	1979	10'333	1983	26'288	1987	21'918
1976	20'703	1980	6'255	1984	32'061	1988	19'524
1977	12'020	1981	5'889	1985	27'024	1989	15'133
1978	10'483	1982	13'220	1986	22'770	1990	15'980

Da viele ausländische Arbeitskräfte, namentlich Saisoniers, nie recht in die schweizerische Gesellschaft integriert worden waren, wirkten sie wie vorgelesen als *Konjunkturpuffer*. Die Zahl der erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländer sank von 1973 bis 1977 von 897'000 um 27,5 Prozent auf 650'000. Dies entsprach etwa zwei Dritteln der gesamten Krisenlast. Den Rest mussten grösstenteils ungeschützte Einheimische – Frauen, Ältere, Jugendliche – tragen (Schmidt 1985, 28-29). Auch sie tauchen nur zu einem kleinen Teil in der Arbeitslosenstatistik auf, war doch bei Kriseneinbruch nur etwa ein Fünftel der Erwerbstätigen gegen Stellenverlust versichert. So wies das Land mit dem grössten Verlust an Arbeitsplätzen die niedrigste Arbeitslosenquote auf.

Obwohl in der nächsten, schwächeren Rezession zwischen 1981 und 1983 nur etwa 65'000 Arbeitsplätze verloren gingen, schlug sie sich in der Statistik weit deutlicher nieder (Schmidt 1985, 31, 111-113). Seit 1977 galt nämlich das Obligatorium für die Arbeitslosenversicherung, die nun mehr als fünf mal so viele Mitglieder zählte. Wer seine Arbeit verlor, kehrte seltener an den Herd oder in das Herkunftsland zurück; die ausserordentliche Flexibilität des schweizerischen Arbeitsmarktes war eingeschränkt. Es gelang nicht mehr, die Arbeitslosigkeit rasch abzubauen. Immerhin hielt sie sich auf einem Niveau, das die gegenüber der Zwischenkriegszeit weit leistungsfähigere schweizerische Volkswirtschaft und der wesentlich ausgebautere Sozialstaat ohne bedeutendere Erschütterungen verkraften konnten. Weil wegen der massiven Abwanderung Mitte der 1970er Jahre kein allzu hoher Sockel mehr bestand, blieb die Arbeitslosenquote weit niedriger als die anderer europäischer Staaten. Seit 1992 nähert sie sich diesen jedoch mit unerwarteter Geschwindigkeit an. Ende April 1993 registrierte das BIGA 155'182 Arbeitslose, über 30'000 mehr als im Januar 1936. Wegen der stark gestiegenen Beschäftigung (3,6 Millionen) liegt die Arbeitslosenquote mit 4,3 Prozent allerdings noch einiges tiefer.

Eine Skizze, die Konjunkturzyklen mit erhöhter Arbeitslosigkeit in den historischen Kontext einordnet verdeutlicht zweierlei: Sie öffnet einerseits den Blick für gewisse Parallelen; andererseits verweist sie aber auf die Zeitbedingtheit von Lösungsvorschlägen. Anfänglich konnten sich viele Arbeitslose auf das familienwirtschaftliche Sicherheitsnetz verlassen oder nach Übersee auswandern. In den 1930er Jahren setzte die Linke auf eine Ausdehnung des Konsums von Industriegütern im nationalen Rahmen, um das durch die gestiegene Produktivität entstandene Ungleichgewicht abzubauen. Ein solches Vorgehen scheint heute angesichts der zerfallenden Familienstrukturen, des erreichten Konsumniveaus, der ökologischen Schäden und der internationalen Verflechtung wenig aussichtsreich. Gefragt sind künftig wohl eher Massnahmen in Bereichen wie Qualifikationsstruktur und Technologiepolitik.

Literatur

- Ackermann, Franz, 1939: Arbeitslosigkeit. In: Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft. Bd. 1. Bern, 73-83.
- Ammann, Paul, 1990: Arbeitsmarktstatistik. In: Peter Bohley, Armin Jans (Hg.): Einführung in die Wirtschafts- und Sozialstatistik der Schweiz. Bern 1990, 113-142.
- BIGA (Hg.), 1932: Ergebnisse der schweizerischen Sozialstatistik, abgeschlossen auf Ende 1931. Bern.
- Böhler, Eugen, 1932: Möglichkeiten der Krisenbekämpfung. Zürich.
- Böhler, Eugen, 1934: Korporative Wirtschaft. Eine kritische Würdigung. Zürich.
- Degen, Bernard, 1991: Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918-1929). Basel u. Frankfurt/M.
- Dommer, Hermann/ Gruner, Erich, 1988: Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880-1914. Bd. 3. Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. Zürich.
- Grimm, Robert/ Rothpletz, Ferdinand, 1934: Krisenbekämpfung – Arbeitsbeschaffung. Gutachten dem eidgen. Volkswirtschaftsdep. erstattet. Bern.
- Gruner, Erich/ Wiedmer, Hans-Rudolf, 1987: Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880-1914. Bd. 1. Demographische, wirtschaftliche und soziale Basis und Arbeitsbedingungen. Zürich.
- Kleger, Heinz, 1992: Sozialpolitik, Staat, soziale Demokratie. Eine Forschungsnotiz zur Krisenpolitik in den 30er Jahren. In: Widerspruch H. 23, Zürich.
- Kneschaurek, Francesco, 1964: Wandlungen der schweizerischen Industriestruktur seit 1800. In: Schweiz. Zeitschr. f. Volksw. und Stat., Nr. 1/2.
- Mangold, Fritz, 1939: Arbeitslosenfürsorge. In: Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft. Bd. 1. Bern, 65-67.
- Marbach, Fritz, 1933: Das aktuelle Lohnproblem. Bern.
- Marbach, Fritz, 1943: Vollbeschäftigung. Der andere Weg. Bern.
- Niess, Frank, 1979: Geschichte der Arbeitslosigkeit. Köln.
- Pierenkemper, Toni / Richard Tilly (Hg.), 1982: Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung und Probleme der Vermarktung der Arbeitskraft. Göttingen.
- Reichesberg, Naum, 1903: Arbeitslosigkeit. In: Ders. (Hg.): Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung. Bd. 1. Bern, 246-264.
- Ritzmann, Heiner, 1990: Bestimmungsgründe der schweizerischen Überseeauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Paul Bairoch, Martin Körner (Hg.): Die Schweiz in der Weltwirtschaft. Zürich, 237-266.
- Scheiben, Oskar, 1987: Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928-1936. Zürich.
- Schmidt, Manfred G., 1985: Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Bilanz der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt/M.
- Schweiz. Bankverein (Hg.), o.J.: Die schweizerische Volkswirtschaft im Übergangsjahr 1919. o.O.
- Schweizerische Bankgesellschaft (Hg.), 1987: Die Schweizer Wirtschaft 1946-1986. Daten, Fakten, Analysen. Zürich.
- Sigg, Oswald, 1978: Die eidgenössischen Volksinitiativen 1892-1939. Einsiedeln.
- Weber, Max, 1927: Probleme der Rationalisierung. In: Gewerkschaftliche Rundschau, Nr. 12, Bern, 369-384.
- Weber, Max, 1944: Die Stellung der Arbeiterschaft zu den wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsproblemen. Zürich.